

An den Bürgermeister
Lutz Urbach
Konrad-Adenauer Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

Bergisch Gladbach, 10. September 2010

Antrag:

Bürgersolaranlage

Umweltschutz mit hoher Rendite

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktion DIE LINKE. /BfBB im Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt folgenden Antrag zur Behandlung in der nächsten Ratssitzung am 5. Oktober 2010.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt in enger Zusammenarbeit mit den Fraktionen des Stadtrats Bergisch Gladbach

1. die Errichtung einer Bürgergemeinschaftssolaranlage / Bürgersolarkraftwerk vorzubereiten.
2. die Gründung einer Bergisch Gladbacher Bürgerenergiegesellschaft zur Nutzung regenerativer Energiequellen vorzubereiten und zu unterstützen.
3. erforderliche Untersuchungen und Selektionen mit dem Ziel der entgeltlichen Bereitstellung geeigneter Dachflächen kommunaler Immobilien bzw. Immobilien städtischer Beteiligungsgesellschaften (z.B. Schulgebäude, Sporthallen, Kombibad Paffrath, ...) durchzuführen.
Auch sollen Dachflächen der Bürgerinnen und Bürger und ansässiger Unternehmen in die Überlegung und Planung mit einbezogen werden.
4. zur Ausgestaltung, Gesellschaftsform und Definition wichtiger Zielstellungen richtet der Stadtrat einen interfraktionellen Arbeitskreis ein.
5. alle bereits bestehenden und zukünftigen Aktivitäten der Stadt über den Fachbereich Umwelt und Technik zu koordinieren und die hierfür erforderlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

BEGRÜNDUNG

Konzept

Eine Bürgerenergiegesellschaft mit Bürgersolarkraftwerken soll eine Beteiligungsgesellschaft sein, welche zum Zwecke der Stromgewinnung eigene Anlagen errichtet, finanziert und unterhält. Das besondere dabei ist, dass sich Bürgerinnen und Bürger auch mit relativ geringem Kapital (z.B.: 250 oder 500 €) an solch einer Anlage beteiligen können. Dabei könnte eine maximale Beteiligungssumme pro juristische Person beispielsweise auf 10.000 € festgelegt werden. Die Refinanzierung der Investition erfolgt auf Grundlage des Gesetzes zur Einspeisung regenerativer erzeugter Energie, kurz EEG und Förderung der Anlagen durch Bund und Länder. Zwecks Teilhabe an hohen Förderquoten für einen Zeitraum von 20 Jahren ist mit den Vorbereitungen bereits in diesem Jahr zu beginnen und die erforderlichen Anträge zu stellen.

Die Vergütung von Photovoltaikanlagen unterteilt sich nach der Leistung und nach der Montageart. Vergleichbare Projekte, z.B. in Lindlar, Neuss, Brühl oder Odenthal sind schon seit mehreren Jahren sehr erfolgreich mit Hilfe der Bürgerinnen und Bürgern auf kommunalen Dächern in Betrieb.

Mittels des Konzeptes der Finanzierung und Mitbestimmung durch die Bürgerinnen und Bürger soll sichergestellt werden, dass die Renditen für den städtischen Haushalt und für die Investoren nicht nennenswert durch Management, Banken, externe Berater etc. geschmälert werden.

Neue und langfristige Haushaltseinnahmen generieren

Die Erzielung von Solarenergie durch Nutzung von Gebäudedächern ist nach dem Stand heutiger Photovoltaik-Technik und nicht zuletzt auch wegen staatlicher Förderung dieser Energieform auch in unseren Breitengraden eine gewinnbringende Investition. Dies haben mittlerweile auch zahlreiche Städte und Gemeinden im Großraum Köln-Bonn erkannt, die zwecks Erzielung von Einnahmen und aus Gründen des Umweltschutzes ihre öffentlichen Gebäudedächer für Photovoltaikanlagen zur Verfügung stellen.

Diese Einnahmemöglichkeiten sollte auch die Stadt nicht nur vor dem Hintergrund ihres defizitären Haushaltes nutzen, sondern auch um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Die Verwaltung hatte bereits in der Drucksache 0331/2010 für die Sitzung des Infrastrukturausschusses am 30.07.2010 mitgeteilt, dass das Groß der städtischen Dächer von rund 50.000 qm grundsätzlich für die Installation von Photovoltaikanlagen geeignet ist.

Da die Stadt nicht über die Gelder verfügt, die erforderlichen Investitionen für die Errichtung der Solaranlagen und etwaig noch dafür erforderliche Dachsanierungen zu tätigen, ist und kann das erforderliche Kapital im voraus über Gesellschaftsbeteiligungen einer noch zu gründenden Bürgergesellschaft aufgebracht werden, und zwar auch sukzessive, weil Dach für Dach der Reihe nach dem einbezahltem Kapital entsprechend in Angriff genommen werden kann.

Dachsanierung wirtschaftlich gestalten

Weiterer Vorteil ist, dass die Stadt auf diese Weise auch überfällige Sanierungen ihrer sanierungsbedürftigen Dächer bewerkstelligen könnte, ohne damit den eigenen Haushalt zusätzlich zu belasten. Nicht zuletzt verlängern Solaranlagen auf Dächern die Lebensdauer des eigentlichen Daches und verringert so die Kosten für Instandhaltung und Sanierung.

Bürgerschaftliches Engagement fördern

Zu diesem Zweck ist die Gründung einer Genossenschaft zu favorisieren, weil diese Gesellschaftsform dem Zweck "Bürger der Stadt helfen ihrer Stadt" am nächsten kommt, Bürgerschaftliches Engagement fördert und sich mit dieser Gesellschaftsform die Ziele am besten verwirklichen lassen. Die Genossenschaft ist auch das weitgängige Modell in anderen Gemeinden, die ihre Dächer zur Gewinnung von Solarenergie gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern vermarkten.

Klimaschutz beginnen

Einige Bürgerinnen und Bürger würden damit zudem auch noch die Möglichkeit erhalten, Solarstrom auch ohne eigene Dächer zu generieren, verbunden mit einem wirksamen Beitrag zum Klimaschutz und der von der Bundesregierung angestrebten CO² -Reduktion von 40% bis 2020

Sichere Geldanlage für Bürgerinnen und Bürger

Mit der Einlage in einer Bürgerenergiegesellschaft können die Bürgerinnen und Bürger in ein zukunftsweisendes Projekt investieren, welches das Klima schützt und dazu beitragen kann der Stadt aus ihrer Finanzsituation zu helfen. Gleichzeitig legen ihr Geld in eine rentierliche und sichere Geldanlage an, welche auch in 30 Jahren noch solide Zinsen abwirft und so zur Altersversorgung beitragen kann.

In Zukunft: Zusammenarbeit mit Stadtwerke Bergisch Gladbach

Die neue Bürgergesellschaft hätte auch Optionen, zukünftig in die Erschließung anderer regenerativer Energiequellen zu investieren, wie Wasser, Geo- und Solarthermie, Wind und Biokraftwerke (z.B. Blockkraftwerke mit Holzschnitt oder Biogas.)

Die Konzessionierung des Stromnetzes in der Stadt läuft 2014 aus. Auch hier könnte sich ein lukratives Geschäftsfeld für eine Bürgerenergiegesellschaft in Zusammenarbeit mit etwaig neu zu gründenden „Stadtwerken Bergisch Gladbach“ und damit auch für den städtischen Haushalt ergeben.

Durch eine weitere Möglichkeit der Nutzung von Dächern von Bürgerinnen und Bürgern und privaten Unternehmen in Bergisch Gladbach könnten weitere Flächen für die Stromerzeugung erschlossen werden.

Die Direktvermarktung des eigenen Stroms oder das Makeln von Ökostrom anderer Anbieter sind weitere denkbare Einnahmequellen für die Zukunft, die die Stadt zugunsten ihrer Bürger nutzen sollte.

Mit freundlichen Grüßen



Tomás M. Santillán
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE./BfBB

[Artikel drucken](#)

WELT ONLINE

27.08.10 | GENOSSENSCHAFTEN

Wie Anleger hohe Solar-Renditen erzielen können

Nicht jeder kann eine Solaranlage aufs Dach bauen und Erlöse abschöpfen. In Genossenschaften können Stromerzeuger gemeinsam verdienen.

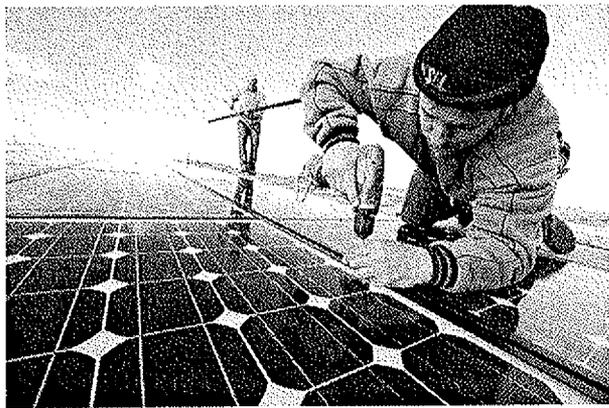


FOTO: PICTURE ALLIANCE / ABSGA

Börsen vermitteln Dächer mit Solarzellen an Anleger

Von Harald Czychol

Man nehme ein Dach, baue eine Solaranlage darauf, ernte Strom und kassiere dank staatlicher Förderung noch 20 Jahre lang sehr hohe Erlöse dafür. So einfach ist die Sonnenformel – Bruttorenditen im zweistelligen Bereich waren bislang keine Seltenheit. Die Voraussetzungen: Das nötige Eigenkapital für die Errichtung der Anlage in Höhe von 20.000 bis 40.000 Euro – je nach Größe. Und natürlich ein Dach.

Doch wer über kein Eigenheim – und damit kein Dach – verfügt oder eine geringere Summe investieren möchte, kann am Solarboom teilhaben und die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien unterstützen. Dafür sorgen sogenannte Bürgersolaranlagen, die in letzter Zeit überall in Deutschland entstehen. Das Modell: Eine Gruppe von um die 20 Menschen tut sich zusammen, gründet eine Solar-Genossenschaft, pachtet das Dach eines öffentlichen Gebäudes – etwa einer Turnhalle, einer Schule oder der örtlichen Feuerwehr – und baut dort Solarmodule auf.

Davon profitieren alle Seiten: Die Investoren, weil sie auch mit weniger finanziellen Mitteln auf satte Solar-Renditen hoffen können. Die Umwelt und das Klima, weil noch mehr Strom aus erneuerbaren Energien produziert und damit weniger Kohlendioxid ausgestoßen wird. Und die Kommunen, weil sie durch die Pachteinahmen für ihre Dächer immerhin auch ihre klammen Kassen füllen können. Solarbörsen vermitteln die Dächer: Mehrere Internetportale haben sich darauf spezialisiert, Investoren zusammen zu bringen und ihnen das passende Dach zu vermitteln. Berlin und Bremen betreiben solche Solardachbörsen genauso wie Stuttgart, Nürnberg oder Mannheim. Auch in den Regionen Rhein-Neckar, Sachsen und Harz gibt es entsprechende Angebote. Ob solaranlagen-portal.de, solardachboerse-nordwest.de, alpensolar.de oder sonnengaertner.de – wer ein Dach sucht, wird fündig.

Solarzellen werden auf Sporthallen-Dächern installiert

Im Raum Bremen organisiert die Wümm Energie AG (Werag) das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage – also von Investoren und den passenden Dächern. Die von der Werag geplanten Anlagen sind jeweils etwa 250 Quadratmeter groß und kosten rund 100.000 Euro. Bis zu zwanzig Gesellschafter beteiligen sich daran, die Mindestanlagesumme ist 5000 Euro. In der Kleinstadt Ottersberg vor den Toren Bremens gibt es gleich zwei solcher Projekte – eines auf dem Dach der Turnhalle einer Grundschule, das zweite auf dem Dach einer Seniorenwohnanlage. Beim Bau der ersten Anlage war der Zuspruch potenzieller Investoren so groß, dass gleich nach Fertigstellung nach einem geeigneten Dach für ein zweites Projekt gesucht wurde.

So werden Sie zum Solarstrom-Erzeuger

Das Dach:

Im Optimalfall sollte das Hausdach eine Neigung von 30 Grad haben und eine Ausrichtung nach Süden. Auch bis zu 50 Grad Dachneigung und eine Ausrichtung nach Südwesten oder Südosten sind akzeptabel.

Das gleiche passierte in Stuhr im Landkreis Diepholz in Niedersachsen. Auch dort liefern bereits zwei Bürgersolaranlagen Strom, sie wurden auf Sporthalldächern installiert. Bereits im Dezember 2006 ging in der brandenburgischen Landeshauptstadt die „1.

Sonntag, 12.09.2010

Handelsblatt

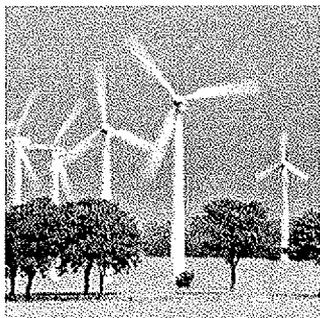
» Artikel drucken
» PDF generieren

STUDIE

24.08.2010

Öko-Energien spülen Milliarden in die Kassen der Kommunen

Neue Argumente für Verfechter von Öko-Strom: Der Ausbau von Windkraft- und Solaranlagen spült Milliardensummen in die Kassen der Kommunen. Das ist das Ergebnis der ersten systematischen Studie zur regionalen Wertschöpfung durch erneuerbare Energien.



Windpark in Mecklenburg-Vorpommern: 6,6 Mrd. für die Kassen der Kommunen.
Quelle: dpa

HB BERLIN. Der starke Ausbau der Stromerzeugung aus Windkraft- und Solaranlagen spült den Kommunen immer mehr Geld in die Kassen. In der ersten systematischen Erhebung wird die regionale Wertschöpfung durch erneuerbare Energien in Deutschland auf 6,6 Mrd. Euro für das Jahr 2009 beziffert.

Die der Nachrichtenagentur dpa vorliegende Zusammenfassung der Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und des Zentrums für Erneuerbare Energien der Universität Freiburg (ZEE) taxiert die Wertschöpfung durch Windkraft auf 2,1 Mrd. Euro, durch Photovoltaik auf 2,4 Mrd. und durch Biogasanlagen auf 500 Mio. Euro.

Neue Gewerbesteuererinnahmen, die Verpachtung von Flächen für die Ökostrom-Erzeugung sowie neue Arbeitsplätze und damit ein höherer Einkommenssteueranteil sind die wichtigsten Vorteile. Die Kommunen profitieren dabei von der starken staatlichen Subventionierung der Öko-Energien.

Insgesamt kann eine Kommune mit 75 000 Einwohnern und einem Ausbau der erneuerbaren Energien im Bundesdurchschnitt laut der Studie rund drei Mio. pro Jahr an Wertschöpfung generieren. Davon entfallen mehr als eine Million Euro auf Photovoltaik, auf den Bereich Windenergie sogar fast 1,2 Millionen. Hier gibt es etwa 200 000 Euro durch Pachteinahmen, wenn die Flächen im Besitz der Kommune sind.

Auch das Bundesumweltministerium bestätigt die hohe Wertschöpfung durch die Ökoenergien. Demnach betrug 2009 die Wertschöpfung durch Investitionen und Betrieb 37,5 Mrd. Euro und lag damit um fast ein Viertel über dem Wert von 2008 - unbeachtet bleiben hierbei die langfristigen Effekte für die Kommunen.

Die im Auftrag der Agentur für Erneuerbare Energien erstellte Kommunen-Studie soll Anfang

September offiziell präsentiert werden.

Inmitten der Debatte um längere Laufzeiten von Atomkraftwerken und angesichts erheblichen Drucks der Atomlobby auf die Bundesregierung zeigen die Ergebnisse, dass Kommunen von der Umstellung auf eine eigene Energieversorgung in der Regel stark profitieren können.

Sollte es bis 2020 wie von der Branche erwartet einen Ökoenergie- Anteil von 28,7 Prozent (Strom, Wärme, Kraftstoffe) geben, könnten laut Studie bis zu 12,3 Mrd. Euro pro Jahr in den Kommunen an Wertschöpfung erreicht werden. "Die Ergebnisse belegen eindrucksvoll die bereits gegenwärtig hohen ökonomischen Wertschöpfungen in Kommunen, die aus der Förderung der EE-Anlagen und der Ansiedelung von Unternehmen gegeben sind", heißt es im Fazit der Studie.

Viele regionale Energieversorger verlangen von der Bundesregierung einen Verzicht auf längere Laufzeiten für Kernkraftwerke, da im Vertrauen auf den Atomausstiegsbeschluss viel Geld in die Umstellung auf eine Versorgung aus erneuerbaren Energien investiert wurde.

© 2010 Handelsblatt GmbH

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: Content Sales Center | Sitemap | Archiv |

Schlagzeilen

Powered by interactive Data Managed Solutions

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende Nutzungshinweise, die Datenschutzerklärung und das Impressum.